

Kurz notiert

Ibiza-Drahtzieher in U-Haft. Das Wiener Landesgericht für Strafsachen hat am Donnerstag über Julian H., den mutmaßlichen Drahtzieher des Ibiza-Videos, die U-Haft verhängt. Als Haftgründe wurden Tatbegehungs- und Fluchtgefahr angenommen. Der Anwalt des Privatdetektivs war in der Haftverhandlung nicht anwesend. Die U-Haft ist vorerst bis zum 25. März rechtswirksam.

Fernunterricht-Studie. Die Schulschließungen seit Jahresbeginn haben einen Teil der Eltern und Schüler an ihre Grenzen gebracht. Das zeigt eine am Donnerstag veröffentlichte Studie der Uni Linz mit dem Landeselternverband Niederösterreich (3.450 befragte Eltern von Schulkindern). Rund die Hälfte der Eltern gab an, mit ihren Kräften am Limit zu sein. Ein Drittel der Schüler war während der jüngsten Schulschließungen insgesamt überfordert.

OÖ stimmt 1-2-3-Ticket zu. Nach Tirol, Vorarlberg und Salzburg dürfte Oberösterreich als viertes Bundesland den Vertrag für das 1-2-3-Ticket unterzeichnen. Dafür werde sich laut OÖN online der Bund zur Hälfte an den Kosten für das Projekt Stadtbahn beteiligen. Das Büro von Ministerin Leonore Gewessler (Grüne) verwies auf eine Pressekonferenz am Freitag.

FPÖ: „Molnar bleibt!“ Die FPÖ Burgenland kommt nicht zur Ruhe. Die Stadtpartei Eisenstadt, dessen Obmann Geza Molnar letzte Woche ausgeschlossen worden war, erklärte am Donnerstag per Aussendung: „Molnar bleibt!“. Er solle als Parteifreier mitwirken, so der geschäftsführende Stadtparteiobmann Thomas Schnöller. Molnar selbst will das Verfahren zu seinem Ausschluss abwarten.

Sozialversicherung. Die SPÖ drängt die Regierung zur Reparatur der verfassungswidrigen Gremien der Sozialversicherung für Beamte, Eisenbahn und Bergbau. Der Verfassungsgerichtshof hat die von Türkis-Blau beschlossene Zusammensetzung 2019 aufgehoben. Mit der Reparatur wären die Grünen das Zünglein an der Waage zwischen ÖVP und SPÖ. Laut „Tiroler Tageszeitung“ gibt es einen Vorschlag von Sozialminister Rudolf Anschober (Grüne), der aber von der ÖVP abgelehnt wird.

Kern sah im Ibiza-Anbot eine „halbseidene“ Sache

Ex-Bundeskanzler erklärte im U-Ausschuss, SPÖ habe einen Deal mit Ibiza-Anwalt abgelehnt.

Der ehemalige SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern hat im Ibiza-Untersuchungsausschuss bestätigt, dass auch seiner Partei von einem Anwalt brisantes Material über den damaligen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache angeboten wurde. Allerdings habe man damit nichts zu tun haben wollen, da es sich offenbar um eine schwierige und „halbseidene“ Sache gehandelt habe, sagte er bei seiner Befragung. In einem Brief habe man daher das „Desinteresse an der Sache bekundet“.

In den Untersuchungsausschuss geladen worden war der ehemalige Bundeskanzler von der ÖVP. Kern bestätigte Aussagen, wonach die Macher des Ibiza-Videos an den Werber Nikolaus Pelinka herangetreten waren, der wiederum Kern und Thomas Drozda über das Angebot informierte. Zwei Wochen später habe Kern nach einer Prüfung durch den Parteianwalt Drozda gebeten, das Angebot abzulehnen, denn: „Mit der Sache wollten wir nichts zu tun haben.“

Von der SoKo Tape sei er einmal einvernommen worden. Bemerkenswert sei, dass sein Einvernahmeprotokoll unmittelbar danach an einschlägige Medien gelangt sei, sagte Kern. Überhaupt habe er den Eindruck, dass mit Informationen aus dem Innenministerium „bewusst Politik“ gemacht werde. Offenbar würden gewisse „politische Gruppierungen“ glauben, dass das Innenministerium eine ihrer „Vorfeldorganisationen“ sei.

„Auf dem Holzweg“

ÖVP-Abgeordneter Christian Stocker wollte wissen, warum Kern den Parteianwalt nicht von seiner Verschwiegenheit entbunden habe. Es wäre interessant, welches Material diesem vorgelegt worden sei. „Wenn Sie versuchen, daraus eine SPÖ-Geschichte zu konstruieren, sind sie auf dem Holzweg“, meinte Kern. Man habe damals keine Kenntnis über das Material

Ex-Kanzler Christian Kern (SPÖ).
Foto: apa / Fotringer



gehabt, „wie wir es heute haben“, so Kern. Man habe lediglich über „Informationsschnipsel“ verfügt.

Die „berühmte Wette“ mit Strache um eine Flasche Wein, wendenn länger Parteivorsitzender sein werde, habe nicht das Wissen um das Video als Hintergrund gehabt, erklärte Kern. Damals ha-

be er damit Gerüchten vorbeugen wollen, wonach er sich in die Privatwirtschaft hätte verabschieden wollen.

FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker brachte noch ein nicht öffentliches Protokoll aus dem deutschen Wirecard-Untersuchungsausschuss aufs Tapet. Dort

habe der Ibiza-Detektiv davon gesprochen, dass es noch andere Videos von österreichischen Politikern gebe. Dabei gehe es um Hinterzimmer in Clubs und Drogenkonsum. Ob ihm, Kern, derartige Gerüchte zu Ohren gekommen sind, wollte Hafenecker wissen. Kern will keine Gerüchte dokumentieren, Wahrnehmungen habe er jedenfalls keine dazu.

Im Zusammenhang mit der Schredder-Affäre wurde Kern gefragt, wie nach seinem Ausscheiden aus dem Bundeskanzleramt mit den Unterlagen und Terminen umgegangen wurde. Der Ex-Kanzler verwies auf die Verpflichtung, relevante Akten an das Staatsarchiv zu übertragen, was auch unter der Aufsicht von Beamten passiert sei. Einen Anlass für das „Schreddern“ von Datenträgern unter falschem Namen, wie dies am Ende der ersten Amtszeit von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) passiert, habe es aber nicht gegeben.

Wette auf Neuwahlen

Kaum Erhellendes hatte zuvor die Befragung des früheren Sprechers von Ex-Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ), Thomas Landgraf, zutage gefördert. Schon in seinem Eingangsstatement zeigte er sich über seine Ladung ratlos. Grund der Ladung durch die ÖVP war, dass er als Zeuge in einem Nebenverfahren rund um das Ibiza-Video einvernommen worden war. Das Ermittlungsverfahren sei aber ergebnislos eingestellt worden, so Landgraf.

Ihm selbst sei das Video nicht angeboten worden, von dessen Existenz habe er erst am Tag der Veröffentlichung erfahren, sagte Landgraf. Danach sei ihm das Gerücht zugetragen worden, dass das Video der FPÖ vor der Veröffentlichung angeboten worden sei. Dass ein Kollege vor Erscheinen des Ibiza-Videos auf eine Neuwahl gewettet hat, habe ihm dieser mit angeblich guten Quoten begründet. ■ (apa/red)

Der Storch ist da



Ein untrüglicher Frühlingsbote ist am Mittwoch in Rust gelandet. Zwei Störche haben ihr Sommerquartier bezogen, vorige Woche waren 39 Nester hergerichtet worden. Im Vorjahr kamen 20 Paare und zogen 42 Jungtiere auf (Archivfoto 2020). Foto: apa / Robert Jäger

Amtsträger gegen Vorgänger

In Klagenfurt, Spittal und Hermagor finden Bürgermeister-Stichwahlen statt.

In 28 Kärntner Gemeinden ist die Bevölkerung am Sonntag zur Stichwahl um das Bürgermeisteramt aufgerufen. Im Fokus steht dabei naturgemäß die Landeshauptstadt Klagenfurt, doch auch in zwei Bezirksstädten müssen die Amtsträger in die Stichwahl, konkret in Spittal an der Drau und in Hermagor.

Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz von der SPÖ muss ihr Amt gegen ihren Vorgänger Christian Scheider verteidigen. Scheider ist vor der Wahl von der FPÖ zum Team Kärnten gewechselt. Im ersten Wahlgang am 28. Februar erzielte die Amtsinhaberin 33,4 Prozent der Stimmen und lag damit knapp vor Scheider, der 30,6 Prozent erhielt. Beide waren in den vergangenen Tagen praktisch ununterbrochen im Wahlkampfeinsatz, es wird mit

einem sehr knappen Rennen gerechnet. Das war es vor sechs Jahren nur bedingt, denn da hatte Mathiaschitz 53,3 Prozent erreicht, Scheider, damals noch für die FPÖ, 46,7 Prozent.

Ex-Bürgermeister Köfer vor Comeback in Spittal?

Angesichts der Corona-Pandemie wurden wieder tausende Wahlkarten geordert, der Rücklauf war bisher aber eher mäßig, hieß es aus dem Klagenfurter Rathaus. Wer seine Wahlkarte nicht mit der Post schickt, kann sie bis Sonntag um 16 Uhr im Rathaus und bei der Wahlbehörde in der Kumpfgasse in einen Postkasten einwerfen oder in einem Wahllokal abgeben. Diese Briefwahlstimmen werden nach den Stimmzetteln der am Sonntag regulär Wählenden ausgezählt.

Knapp könnte es auch in Spittal ausgehen. Auch hier kämpft Amtsinhaber Gerhard Pirih (SPÖ) gegen seinen Vorgänger, nämlich Gerhard Köfer, dem Gründer und Parteichef des Team Kärnten. Köfer, der von 1997 bis 2013 in Spittal amtierte, war wiederum früher bei der SPÖ. Er hatte im ersten Wahlgang mit 36,2 Prozent gegenüber Pirih (35 Prozent) knapp die Nase vorn.

In Hermagor muss Stadtkopf Siegfried Ronacher (SPÖ), der 44,2 Prozent erreichte, in die Stichwahl gegen ÖVP-Herausforderer Leopold Astner (37,6 Prozent). 2015 hatte sich Ronacher mit nur sieben Stimmen Vorsprung durchgesetzt.

In Klagenfurt wird mit einem vorläufigen Ergebnis ohne Wahlkarten zwischen 18 und 19 Uhr gerechnet. ■